

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

132 (8.10.1948)

3. Jahrgang / Nummer 132

Druck u. Verl. Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 13-5. Tel. 461-53. Ausg.: Karlsruhe, Khe-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18), Bruchsal (Friedrichstr. 29), Rastatt (Augustastr. 42)



# EUROPEANISCHES ANZEIGEN

## Militärallianz Westmächte - Spanien?

Washington, 7. Okt. (Dena) Die maßgebenden militärischen Persönlichkeiten der USA sollen, wie die „New York Times“ am Donnerstag erfährt, einen Vorschlag für eine Militäralianz mit dem meisteillich kommunistischen Ländern einschließlich Spaniens erhalten haben. Der Plan soll vom Vorsitzenden des Senatsausschusses für die bewaffneten Streitkräfte, Chan Gurney, auf einer bedeutenden Konferenz unterbreitet worden sein, an der Verteidigungsminister James Forrestal, seine drei Sekretäre Royall, Sullivan und Symington sowie die Stabschefs teilgenommen haben. Gurney hat, wie die „New York Times“ ferner berichtet, auf der Konferenz zusätzlich vorgeschlagen, die kühle Haltung der Regierung gegenüber dem Franco-Regime einer Revision zu unterziehen. Über die Antwort zu diesen Vorschlägen ist noch nichts bekannt.

Zuständige Washingtoner Kreise schätzen die militärische Stärke der Sowjetunion und ihrer Satelliten auf über 5,2 Millionen Mann. Rußland könne allein 4 Millionen reguläre Truppen stellen, während die nichtkommunistischen Länder — einschließlich Spanien, Griechenland und die USA — gegenwärtig nur über weniger als 4 Millionen reguläre Truppen verfügen. Die Stärkeverhältnisse bei See- und Luftstreitkräften sind in der Schätzung nicht enthalten.

Der frühere Vorsitzende der Demokratischen Partei der USA, James Farley, erklärte nach einer Dena-Reuter-Meldung aus Madrid am Donnerstag nach einer einwöchigen Reise nach Spanien, daß er sich am Mittwochabend in Madrid befindet. „Ich drücke die Hoffnung aus, daß zufriedenstellende Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wieder aufgenommen werden.“ Farley sagte nicht, ob er mit Franco die militärische Seite der Beziehungen zwischen den USA und Spanien erörtern werde, sondern erklärte nur, er sei nicht auf die Besprechungen zwischen General Franco und dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für die bewaffneten Streitkräfte, Chan Gurney, in der vergangenen Woche stattgefunden, eingegangen.

Farley fügte hinzu: „Ich gewann aus meinen Besprechungen mit dem General den Eindruck, daß er den Führern der alliierten Streitkräfte einige passende und wertvolle Ratschläge geben könnte und daß es für ihn angebracht sein könnte, sie zu hören.“ Auf die Frage, ob er glaube, daß Spanien in den Marshallplan einbezogen werden sollte, antwortete der frühere demokratische Vorsitzende, er habe General Franco erklärt, daß alle Länder in Westeuropa, einschließlich derjenigen auf der Iberischen Halbinsel, zusammenarbeiten sollten, um den Frieden zu sichern.

Die konservative Londoner Zeitung „Daily Mail“ fordert in ihrer Donnerstagausgabe die Aufnahme des spanischen Volkes in die Gemeinschaft der Westmächte. Spanien und der Westen hängen voneinander ab, schreibt die Zeitung. Es ist höchste Zeit, daß man in Großbritannien und Frankreich seine Ansichten über Franco einer Prüfung unterzieht. Sein Regime wird von überlebenden Menschen abgelehnt, so wie es mit dem Stalinismus war und ist. 1941 jedoch, als Deutschland Rußland angriff, zögerte Churchill nicht, das tapferere russische Volk, das seine Heimat verteidigt, als Alliierten für die Sache der Freiheit zu begrüßen. Heute sollten wir in ähnlicher Weise das spanische Volk in der Gemeinschaft des Westens willkommen heißen.

## Sowjetunion fordert italienische Kriegsschiffe gemäß Vertrag

Moskau, 7. Okt. (Dena-Reuter) Die Sowjetunion hat, wie die sowjetische Nachrichtenagentur Tass am Donnerstag meldete, Italien mitgeteilt, daß sie die sofortige Auslieferung der ihr auf Grund des Vertrags — ausgetauscht sein sollten. Die Sowjetunion erinnert Italien daran, daß die Kriegsschiffe gemäß dem Friedensvertrag bis zum 15. Dezember 1947 drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrags — ausgetauscht sein sollten. Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben ihre Forderungen auf italienische Kriegsschiffe unter der Bedingung ihrer Verschrottung zurückgezogen, während Frankreich auf einen Teil der ihm zuzurechnenden Schiffe verzichtete. Die italienische Regierung soll ein ähnliche Haltung von sowjetischer Seite erwartet haben.

## Deutsches Uran

London, 7. Okt. (Dena-Reuter) Während des Krieges in Deutschland zusammengelebte Dokumente, die eine vollständige Übersicht über die Uranvorkommen in Sachsen geben, sind nach einem Bericht in den „Sunday Times“ in die Hände der britischen Behörden gefallen. Nach dem Urteil britischer Sachverständiger sollen diese Länder einen sehr geringen Erzgehalt aufweisen und kaum die Ausbeute lohnen. Aus der Tatsache, daß die Sowjets in den Uran-Bergwerken bei Aus mit Hochdruck arbeiten lassen, schließt man britischerseits, daß es der Sowjetunion entweder an eigenem Uran fehlt, oder aber daß diese fieberhafte Tätigkeit einen, wie das Blatt schreibt, „propagandistischen Nutzen“ hat. Das außenpolitische Programm der Sowjetunion während der Vollerfassung der Vereinten Nationen in Genf.

Die „Sunday Times“ fügt hinzu, daß die hochspannendsten Geheimnisse der Schweizer Erdbebenwarten, die bisher sämtliche Explosionen von Atomwaffen seit den Versuchen in der Wüste von Neumexiko registrierten, noch nie ein Atomexperiment innerhalb der Sowjetunion verzeichnet haben.

## Gemeinsame Trizonen-Verwaltung nach Regierungsbildung

Entwurf eines Besatzungsstatuts in dreißig Tagen



Der B-29-Bomber Lt. Halverson 1941 vor jeder Landung in Tempelhof Südkanal (Dena-Bild)

## Sowjetische Luftmanöver

Berlin, 7. Okt. (Dena) Moderne viermotorige Bomberflugzeuge der sowjetischen Luftwaffe wurden nach einer Meldung der „Welt“ am Donnerstag erstmalig bei sowjetischen Luftmanövern im Raum über Thüringen sowie bei einem Übungsangriff auf die Stadt Erfurt eingesetzt. Die Flugzeuge sind, wie Augenzeugen melden, offenbar nach dem Muster der amerikanischen Superfortresses B 29 gebaut. Die Manöver wurden durch einen Übungsangriff starker Verbände auf Erfurt durch einen Motorenstart zu vernehmen war, knöpfen Beobachter der „Welt“ zufolge die Vermutung, daß es sich um Flugzeuge mit Düsenantrieb handelt.

Der amerikanische Vertreter bei der alliierten Luftsicherheitszentrale von Berlin protestierte am Donnerstag erneut gegen die Besetzung der Luftsicherheitsbestimmungen durch sowjetische Flugzeuge.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr (SPD) erklärte am Mittwoch über die Vertretung Berlins im parlamentarischen Rat und die Bedeutung der Stadt für die Stadt als „moralische Erbschaft“ gewertet werden. Die bisherige Tätigkeit der Stadt sei ein Vorbild für die Arbeit der Republikaner und die Äußerungen Thomas Deweys und Senator Vandenberg zeigten, daß man an die schwierigen außenpolitischen Fragen der Gegenwart voller Vertrauen und Hoffnung herangehe.

## Außenpolitisches Programm Deweys

„Wir sind entschlossen, das Recht des Friedens zu verteidigen“

Chicago, 7. Okt. (AP) Die amerikanische Außenpolitik dürfe nicht durch Zaudern oder schwächliches Nachgeben gekennzeichnet sein, erklärte am Mittwoch in einer Rede Gouverneur Earl Warren, der republikanische Kandidat für die Vizepräsidentenwahl. Das außenpolitische Programm der Republikaner und die Äußerungen Thomas Deweys und Senator Vandenberg zeigten, daß man an die schwierigen außenpolitischen Fragen der Gegenwart voller Vertrauen und Hoffnung herangehe.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas E. Dewey hatte auf einer Massenversammlung in Salt Lake City ein 9-Punkte-Programm für die amerikanische Außenpolitik dargelegt, das auf einen Frieden abziele, es jedoch offenbar mache, daß „wir nicht beabsichtigen, uns von der Sowjetunion tyrannisieren oder bluffen zu lassen.“ Alle Amerikaner sollten sich jeden Tag an die „Lektion von München“ erinnern. Ein Friede mit Zugeständnissen an den Angreifer führe zu immer größer werdenden Forderungen von dessen Seite. Am Ende kann dies nur zur Sklaverei oder zum Krieg führen.

Dewey hatte die Dena-Reuter ausgeführt: 1. Wir werden die UN uneingeschränkt unterstützen. 2. Wir werden die Hand der Freundschaft und Hilfe allen freihandelnden Völkern reichen. Dewey forderte für das europäische Wiederaufbauprogramm eine großzügige Unterstützung. 3. Anwendung des ERP als Mittel, um die westeuropäischen Nationen bei der Vervollständigung der europäischen Union zu stärken und zu ermutigen. Dewey forderte ferner ein entmilitarisiertes Ruhrgebiet wieder zum Leben zu erwecken. Dieses Gebiet sollte unter internationaler Kontrolle gestellt werden und es sollten Schritte unternommen werden, um zu zeigen, daß es den europäischen Erfordernissen einer großen europäischen Föderation diene. 4. Wir werden der tragischen Vernachlässigung unseres alten Freundes und Bundesgenossen China ein Ende bereiten. 5. Wir werden uns (militärisch) stark machen, daß keine Nation erneut das Risiko auf sich nehmen wird, uns anzugreifen. 6. Neben der militärischen Macht wird unsere Politik darauf abzielen, daß unsere Nation geachtet werden und es sollten Schritte unternommen werden, um zu zeigen, daß es den europäischen Erfordernissen einer großen europäischen Föderation diene. 7. Als einen Eckstein in unserer Außenpolitik werden wir weiterhin die enge und herzliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn der westlichen Hemisphäre fördern. 8. Unsere Außenpolitik wird der Ausdruck der Ideale, Traditionen und Ansichten des amerikanischen Volkes sein. Wir haben versucht, alle Nationen zu unseren Freunden zu machen und streben nicht danach, irgendeine Nation in einen Satellitenstaat zu verwandeln. 9. Wir werden die geistigen Kräfte der Menschheit mobilisieren. Wir sind entschlossen, mit Mut Einheit und kompromissloser Hingabe das Recht des Friedens zu verteidigen, daß die Menschheit erneut Mut fassen wird.

## Unfreiwillige Flucht

München, 7. Okt. (Dena) Nach einem 36-stündigen unfreiwilligen Aufenthalt in der US-Zone kehrte die Gattin des stellvertretenden tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Sirovy mit ihrem 13jährigen Sohn am Mittwochabend mit dem Orient-Express nach Prag zurück. Frau Sirovy hatte sich an Bord eines tschechoslowakischen Flugzeuges befunden, dessen Besatzung den Piloten zu einer Kursänderung und zur Landung in München-Riem gezwungen hatte.

Alle übrigen Passagiere, mit Ausnahme des Chirurgen, der ebenfalls nach Prag zurückkehrte, bezeichneten sich als Antikommunisten und wollen nicht in ihre Heimat zurückkehren. Sie wurden in der Münchener Luipold-Kaserne untergebracht, deren Bewohner unter Iro-Schutz stehen.

## Professor Neumann Mitläufer

Frankfurt a. M., 7. Okt. (sch-Eigenber.) Die Spruchkammer des Interniertenlagers Darmstadt stufte gestern den früheren SS-Arzt Prof. Dr. Robert Neumann in Gruppe IV der Mitläufer ein und verurteilte ihn zu einer Sühnelistung von 500 DM. Der öffentliche Kläger hatte eine Einreichung in die Gruppe der Hauptstrafgefangenen und acht Jahre Arbeitslager beantragt. Bekanntlich wurde Neumann vor dem Tempel der VW etwas lange Zeit in der Reihe von Häftlingen bei Lagerfunktion mit dem von ihm erfundenen Histo- metrotötet zu haben.

Der Kammervorsitzende stellte jedoch fest, daß sich die Aussagen der Zeugen in fast allen Einzelheiten widersprochen hätten, so daß die Kammer die Tatung nicht hätte beweisen können. Als völlig falsches Bild habe sich auch die Schilderung des Zeugen W. Poller in dem Buch „Arztstreifer in Buchenwald“ erwiesen.

## Vor 16 Jahren

Washington, 7. Okt. (AP) Das Washingtoner Außenministerium veröffentlichte am Samstagabend eine Denkschrift von 960 Seiten, in der festgestellt wird, daß die USA schon fast 16 Jahre vor der Sowjetunion den Vorschlag zu einer Verringerung aller größten Streitkräfte auf ein

## General Clay erklärt

Berlin, 7. Okt. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, erklärte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz, daß in Zukunft jeder zur Verstärkung der Luftbrücke eingesetzte Flugzeug zur Verwirklichung des Hausbrand-Versorgungsprogramms für die Berliner beitragen wird.

Der General stellte dann eine Erhöhung der Berliner Lebensmittelrationen für den Winter in Aussicht. Die von westdeutschen Ministerpräsidenten vorgeschlagene Evakuierung von Kranken, Kindern und alten Leuten aus Berlin müsse allein von den zuständigen Berliner Verwaltungsstellen erwogen und entschieden werden. Transportmöglichkeiten seien durch die Luftbrücke vorhanden, jedoch würde dadurch eine Verminderung in den täglichen Transportleistungen eintreten. Der General betonte, daß die Durchführung der nach der bestehenden Berliner Fassung notwendig gewordenen Wahlen in ganz Berlin zur Wahrungspolitik in Berlin sagte Clay, daß bisher noch keine Entscheidung über eine Änderung getroffen worden sei.

Zur Empfehlung der amerikanischen Regierung, das Demontageprogramm zu ändern, teilte Clay mit, bei 300 zum Abbau vorgesehenen Fabriken in der britischen

und französischen Zone habe man die Demontage vorläufig ausgesetzt. Nach Feststellung ihrer Bedeutung und Notwendigkeit für die deutsche Wirtschaft werde die Entscheidung über ihre zukünftige Verwendung von den zuständigen Regierungen getroffen.

Der General gab dann bekannt, daß in etwa dreißig Tagen mit einem Übereinkommen der drei westlichen Militärgouverneure über den Entwurf eines Besatzungsstatuts für Westdeutschland gerechnet werden kann.

Die Argumente der Mitglieder des Parlamentarischen Rates, daß eine Bekanntheit des Statuts noch vor der Verabschiedung des Grundgesetzes notwendig sei, sagte Clay, gälten mit umgekehrten Vorzeichen auch für die Militärgouverneure in bezug auf die Bekanntheit des Grundgesetzes. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Besatzungsmächte großen Wert auf die Garantie der Grundrechte legten. Gerade aus diesem Grunde sei es notwendig, daß die Besatzungsmächte noch vor der endgültigen Formulierung des Besatzungsstatuts Kenntnis vom Inhalt des Grundgesetzes haben.

Zu den Kosten der Luftbrücke erklärte Clay, daß die Versorgungsgüter für Berlin die bisher von der Anleihe der Länder der Bizone an den Berliner Magistrat bezahlt wurden, in Zukunft aus dem Fonds der Kategorie „A-Importe“ bezahlt werden sollen. Eine Steuererhöhung komme entgegen anders lautenden Gerüchten für den Steuerzahler in den Westzonen nicht in Frage. Der General bezeichnete dann die in wenigen Tagen zu erwartende Unterstellung des Ein- und Ausfuhrhandels der drei westlichen Besatzungszonen unter die JEA als einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Vereinigung dieser Zonen. Die bisherige Außenhandelspolitik der JEA werde durch den Beitritt der französischen Zone keine Änderung erfahren.

Die Schaffung eines „Büros für bürgerliche Aufbaubarbeit“ in Dena die zur Zeit in Deutschland weilenden Vertreter der „Liga für bürgerliche Freiheiten“ in den USA, Arthur J. Hays und Roger N. Baldwin am Mittwoch dem US-Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, vor.

## Besprechungen in Bonn

Bonn, 7. Okt. (Dena) Die CDU/CSU, die FDP und die Zentrumspartei des Parlamentarischen Rates trafen sich am Mittwochabend zu einer ersten gemeinsamen Sitzung unter Vorsitz des CDU/CSU-Fraktionsführers, Minister Dr. Anton Pfleiffer. Besprechungsthemen waren der Entwurf des Grundgesetzes, die Frage der zweiten Kammer und Finanzprobleme. Während sich die Abgeordneten des Zentrums und der deutschen Partei für das reine Bundesratsprinzip aussprachen, nahm die FDP eine vermittelnde Haltung zwischen Bundesrat und Senat ein. Bei der CDU/CSU kam beide Richtungen zu Wort. Dr. Konrad Adenauer (CDU), Präsident des Parlamentarischen Rates, sprach sich für den Senat aus.

Der Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen, Josef Gockeln, gab am Donnerstag bekannt, daß die kommunistische Abgeordnete im Parlamentarischen Rat, Hugo Paul, wegen Arbeitsüberlastung aus

## Keine Isolierung Südbadens

Rehbenhausen, 7. Okt. (Dena) Der Staatspräsident von Südbadern, Wilhelm Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, sprach am Donnerstag vor dem Landtag erstmals über die Stellungnahme der Westmächte zur südwestdeutschen Vereinigung. „Daneben sollen der britische und der französische Staatspräsidenten, die französische Regierung für die Preisröhren, die Bereicherung der Währungsgegewinnler und die Verschärfung der Klassengegensätze voll verantwortlich.“

Ein Zusammenschluß Südwest-Deutschlands würde nach Ansicht Müllers den beteiligten Ländern den nötigen Rückhalt gegenüber dem in einem größeren deutschen föderalistischen Staat naturgegebenen Egoismus der übrigen Länder geben. Der Staatspräsident wies dann auf die finanzielle Notwendigkeit einer Vereinigung hin und gab bekannt, daß die Verwaltungsausgaben in Baden und Württemberg von acht Millionen im Jahre 1933 auf 21 Millionen im Jahre 1947 gestiegen seien. Die Zahl der Ministerien habe sich von neun vor dem Krieg auf 23 erhöht. Abschließend forderte Dr. Müller nachdrücklich die Einrichtung von Landesbezirken mit breiter Selbstverwaltungsbefugnissen, da sich ein Staat von sechs Millionen Einwohnern nicht zentral regieren lasse.

## Streikbewegung in Frankreich hält an

Ernste Bedrohung der französischen Wirtschaft

Douai, 7. Okt. (AP) Ganz Frankreich legte sich am Dienstagabend die Frage vor, ob ein Teil der 335 000 Bergleute des Landes am Mittwochmorgen nach zwei Tagen Generalstreik die Arbeit wieder aufnehmen wird. Als ebenso wichtig sah man die Frage an, ob die kommunistischen Streikführer eine Rückkehr der Bergleute an ihre Arbeitsplätze gestatten oder ob an den Eingängen der verstaatlichten Gruben Zusammenstöße stattfinden werden.

Durch den Streik sind bereits jetzt etwa 305 000 Tonnen Kohle dem europäischen Wiederaufbau verloren gegangen. Von den drei Bergarbeiter-Gewerkschaften Frankreichs setzte nur die kleinste, der französische Verband christlicher Arbeiter, dem Streik eine zeitliche Grenze von zwei Tagen. Die Kommunisten und die der nicht-kommunistischen „Force Ouvriere“ angehörenden Gruppe haben einen zeitlich unbegrenzten Streik ausgerufen.

Nach einer Vereinbarung zwischen Bergwerkleitungen und Gewerkschaften ist dafür gesorgt worden, daß die Koksöfen, Elektrizitätswerke, Gaswerke und Sicherheitsanlagen ihren Betrieb aufrecht erhalten können, wenn auch in vermindertem Umfang. In der großen Industrie-

stadt Lille mußte die Gasversorgung bereits gekürzt werden. Am Montag gab es fast eine Stunde lang keinen Strom. Bisher haben nur wenige Fabriken ihre Arbeit aus Mangel an Brennstoff einstellen müssen.

Am zweiten Tag des Streiks der 320 000 französischen Bergarbeiter, des Transportsystems und die Industrie Frankreichs lähmende droht, wurden Reuter zufolge in Paris und in den Provinzstädten einseitige Sympathiestreiks ausgerufen. Der Streik der Dockarbeiter in den Häfen von Algier, Bone und Oran dauert an. Truppen wurden laut AFP zur Entladung von verderblichen Lebensmitteln und der Post eingesetzt.

Die kommunistischen beeinflussten Gewerkschaften (CGT) riefen laut AFP einen Generalstreik in allen Betrieben der französischen Eisenbahn in Lothringen aus. Ein Streikkommando besetzte die Bahnhöfe des Bahnhofes von Metz. Die Eisenbahnarbeiter und das Personal der Eisenbahnwerkstätten sind größtenteils dem Streikbefehl gefolgt, während die Angehörigen der in ihrer Mehrheit den christlichen Gewerkschaften angehören, die Arbeit fortsetzen.

## Kurz beleuchtet

Was sich in Karlsruhe ereignete, daß nämlich die Stadt die Verträge mit der AAK, der Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft, vorsorglich zum 30. November kündigte, ist eine Angelegenheit nicht nur von lokaler Bedeutung, sie berührt vielmehr Prinzipielles. Daß die kommunale Selbstverwaltungsbefugnisse, die sich ein Staat von sechs Millionen Einwohnern nicht zentral regieren lasse.

## Im Telegrammstil

Kopenhagen. Die dänische Delegation für die Londoner Konferenz zur Erörterung der Südschleswigfrage wird am 14. Oktober unter Führung von Außenminister Gustav Rasmussen Kopenhagen verlassen. Zur Diskussion stehen eine verwaltungsmäßige Trennung von Schleswig und Holstein, die Evakuierung der Ostschleswiger, die in Südschleswig leben, und die Frage der Rechte der dänischen Minderheit. (AP)

Bern, Schweiz. Der Schweizer Senat ratifizierte am Donnerstag mit 32 gegen eine Stimme den Beitritt der Schweiz zu der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas. (AP)

Canberra. Der australische Ministerpräsident Joseph Chifley gab am Donnerstag bekannt, daß der Kriegszustand zwischen Australien und Österreich beendet sei, erklärte jedoch, die Regierung behalte sich das Recht vor, Geldmittel und Vermögenswerte, die unter das Gesetz über Handel mit dem Feinde fallen, weiter zu kontrollieren. (Dena-Reuter)

Tokio. Das japanische Kabinett Hirotschi Aschida gab am Donnerstagmorgen nach einer Konferenz mit dem alliierten Oberbefehlshaber in Japan, General Douglas MacArthur, offiziell seinen Rücktritt bekannt. (Dena-Reuter)

Stuttgart. Der Begründer der Oxford-Bewegung „für moralische Wiederaufrüstung“, Dr. Franz Buchmann, wird am Einladung des württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier Mitte nächster Woche zu einem Besuch in Stuttgart

## Arbeit in Stichworten

**Vollversammlung:** Die Frage der Anerkennung Spaniens durch die Vereinten Nationen wird verhandelt. Die Resolution ist die allgemeine Debatte über die Atomkontrolle gestellt.

Nach der Wahl von Unterstaatssekretärmitgliedern des VVN wird die Friedliebende der Sowjetunion hin, während die kapitalistischen Staaten sich zu Blockformierten die von der Sowjetunion gerichtet seien. Der britische und der belgische Delegierte lehnten die sowjetischen Abrüstungsvorschläge ab.

**Sozialrat:** Der sowjetische Delegierte übt im Wirtschaftsausschuss Kritik an der Arbeit des Wirtschafts- und Sozialrates und dem Marshallplan. Der sudafrikanische Delegierte Te Water erhob Einspruch gegen die Formulierung einer Erklärung über die Menschenrechte, in der es heißt, „alle Menschen sind frei geboren und an Würde und Rechten gleich.“

**Kinderhilfsfond:** Die sowjetische Militärregierung ersuchte um Ausdehnung der Hilfe auf die Kinder in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

**Kopenhagen:** Die dänische Delegation für die Londoner Konferenz zur Erörterung der Südschleswigfrage wird am 14. Oktober unter Führung von Außenminister Gustav Rasmussen Kopenhagen verlassen. Zur Diskussion stehen eine verwaltungsmäßige Trennung von Schleswig und Holstein, die Evakuierung der Ostschleswiger, die in Südschleswig leben, und die Frage der Rechte der dänischen Minderheit. (AP)

**Bern, Schweiz:** Der Schweizer Senat ratifizierte am Donnerstag mit 32 gegen eine Stimme den Beitritt der Schweiz zu der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas. (AP)

**Canberra:** Der australische Ministerpräsident Joseph Chifley gab am Donnerstag bekannt, daß der Kriegszustand zwischen Australien und Österreich beendet sei, erklärte jedoch, die Regierung behalte sich das Recht vor, Geldmittel und Vermögenswerte, die unter das Gesetz über Handel mit dem Feinde fallen, weiter zu kontrollieren. (Dena-Reuter)

**Tokio:** Das japanische Kabinett Hirotschi Aschida gab am Donnerstagmorgen nach einer Konferenz mit dem alliierten Oberbefehlshaber in Japan, General Douglas MacArthur, offiziell seinen Rücktritt bekannt. (Dena-Reuter)

**Stuttgart:** Der Begründer der Oxford-Bewegung „für moralische Wiederaufrüstung“, Dr. Franz Buchmann, wird am Einladung des württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier Mitte nächster Woche zu einem Besuch in Stuttgart

**Frankfurt a. M.:** Die Spruchkammer des Interniertenlagers Darmstadt stufte gestern den früheren SS-Arzt Prof. Dr. Robert Neumann in Gruppe IV der Mitläufer ein und verurteilte ihn zu einer Sühnelistung von 500 DM. Der öffentliche Kläger hatte eine Einreichung in die Gruppe der Hauptstrafgefangenen und acht Jahre Arbeitslager beantragt. Bekanntlich wurde Neumann vor dem Tempel der VW etwas lange Zeit in der Reihe von Häftlingen bei Lagerfunktion mit dem von ihm erfundenen Histo- metrotötet zu haben.

**München:** Nach einem 36-stündigen unfreiwilligen Aufenthalt in der US-Zone kehrte die Gattin des stellvertretenden tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Sirovy mit ihrem 13jährigen Sohn am Mittwochabend mit dem Orient-Express nach Prag zurück. Frau Sirovy hatte sich an Bord eines tschechoslowakischen Flugzeuges befunden, dessen Besatzung den Piloten zu einer Kursänderung und zur Landung in München-Riem gezwungen hatte.

**Washington:** Das Washingtoner Außenministerium veröffentlichte am Samstagabend eine Denkschrift von 960 Seiten, in der festgestellt wird, daß die USA schon fast 16 Jahre vor der Sowjetunion den Vorschlag zu einer Verringerung aller größten Streitkräfte auf ein

# NEUESTE NACHRICHTEN

# Krieg oder Frieden — eine ganz persönliche Meinung / Von H. Liepmann

## Arbeitsmarkt und Etat

Die für die Zeit nach der Währungsreform vielfach erwartete allgemeine Arbeitslosigkeit ist bisher nicht eingetreten. Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß der erwartete Deflationdruck ausgeblieben ist. Dagegen ist durch die Geldneuordnung eine strukturelle Beschäftigungslosigkeit offenbar geworden, die ihre Ursache darin hat, daß der vorhandene Produktionsapparat den Arbeitskräfte nicht entspricht und von der vor allem die stark mit Vertriebenen und Flüchtlingen belegten ländlichen Gebiete der Westzonen betroffen sind.

In den Industriegebieten konnte die Schwerindustrie dagegen einen großen Teil der freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen. So hat die Arbeitslosigkeit in den zwei Monaten zwischen der Währungsreform und dem 31. August 1948 in Nordrhein-Westfalen nur um 25 Prozent, in Niedersachsen dagegen um 114 Prozent und in Schleswig-Holstein sogar um 339 Prozent zugenommen. (Diese starke Zunahme in Schleswig-Holstein erreicht allerdings auch nur etwa 6 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung.)

Damit dürfte die Entwicklung der Beschäftigung als Folge der Währungsneuordnung jedoch noch nicht abgeschlossen sein. Es ist anzunehmen, daß nach Beendigung der Herbstferien Entlassungen in der Landwirtschaft vorgenommen werden, welche die auf dem Land ohnehin schon viel stärkere Arbeitslosigkeit noch vergrößern.

Für die weitere Entwicklung des Beschäftigungsstandes dürfte ferner die Lage der öffentlichen Haushalte wichtig sein. Hier ergibt sich ein Konflikt für die Finanzpolitik dadurch, daß für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung ein Ausgleich des Budgets im Augenblick unbedingt erforderlich ist, selbst wenn dadurch Verwaltungsangestellte freigesetzt und somit die Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Es handelt sich hier um einen zwar schmerzlichen, aber notwendigen Umgruppierungsprozeß.

Bisher haben die öffentlichen Haushalte neben den langsam anlaufenden Steuereinnahmen die Dotationen zur Verfügung gehabt und waren deshalb noch nicht in allzu starkem Maße zu Einsparungen gezwungen. Im Oktober wird es sich jedoch übersehen lassen, wie weit die regulären Einnahmen zur Bestreitung der laufenden Ausgaben ausreichen. Das Steueraufkommen des am dichtesten besiedelten Landes der Westzonen — Nordrhein-Westfalen — ist im Juli und August im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahres auf weniger als ein Drittel gesunken. Es reicht nicht einmal zur Deckung der laufenden Ausgaben aus — Einsparungen bei den Verwaltungsstellen, die den Etat ebenfalls stark belasten, hat man bisher nur auf dem Gebiet der Sachausgaben vorgenommen — und zwar vor allem bei den Bausubventionen, was sich für die Beschäftigten besonders ungünstig auswirkt — ein radikaler Abbau der Personalkosten ist jedoch vermieden worden.

In den nächsten Monaten steht die Finanzpolitik vor der Entscheidung, entweder durchgreifende Einsparungen vorzunehmen oder die Beschäftigten zu Lasten der öffentlichen Haushalte zu verdrängen. Ein solches Vorgehen würde jedoch die inflationären Erscheinungen in der Wirtschaft verstärken und wäre vor allem im jetzigen Augenblick, wo die Wirtschaft die Elastizität eines teilweise schon erreicht hat, bedenklich. Es kommt jetzt alles darauf an, das Entstehen zusätzlicher Kaufkraft zunächst zu verhindern. J. Schulze-Westen.

munistischen Informationsdienstes in der Nachsitzen geschlafen haben. Dr. Köhler hat im Rahmen seiner Ausführungen über die Hilfenahmen für Flüchtlinge die Einwanderungsquoten für Deutsche in andere Länder einer neuen Regelung bedürftig. Mit keinem Wort hat er davon gesprochen — wie der Informationsdienst der KPD behauptet, daß 6,5 Millionen Deutsche nach Südafrika verschickt werden sollen. Dr. Köhler hat dies auch in seinen anderen Reden der letzten Zeit niemals gesagt.

Die KPD steht anscheinend allzu sehr unter der Praxis der Ostzone, wo Verschickungen allerorts an der Tagesordnung sind. Um die Zwangsverschickungen nach Sibirien zu decken, unterschreibt die KPD anderenorts, was ihre Gesinnungsgenossen dort tun, wo sie die Macht haben. Die Beurteilung einer solchen politischen Kampfweise kann man getrost dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen.

## Heute vor vier Jahren

am 7. Oktober 1944

berichtete das Oberkommando der Wehrmacht: „An der Westfront setzte der Feind im Raum nördlich Turnhout nach Durchführung frischer Kräfte seine Durchbruchversuche auf Tilleur fort. Besonders heftige Angriffe entwickelten sich im Raum von Wagnelingen, wo unsere Divisionen zum Gegenangriff antraten. Der Feind leistete erbitterten Widerstand und verstärkte seine Brückenköpfe durch Abwurf weiterer Luftschwerer. Südlich Gellenkirchen trat der Feind aus seinem Einbruchraum erneut zum Angriff an, wurde jedoch zum Stehen gebracht. Zwischen Epinal und Lure versuchte der Gegner auf breiter Front in unsere Stellungen einzudringen, wurde jedoch überall zum Teil im Gegenangriff aufgefangen.“

In Mittelitalien wiederholte der Feind seine Versuche, beiderseits der Straße nach Bologna in die Poebene einzudringen. Auf dem Balkan dauern die schweren Kämpfe an den bisherigen Brennpunkten an. In den Waldkarpaten haben die sowjetischen Angriffe gestern an Heftigkeit nachgelassen. Schwächere Angriffe blieben bei starkem Regen und ersten Schneefällen erfolglos. — Südwestlich und westlich Schaulen trat die Sowjets mit starken Kräften zum Großangriff an. Harte Kämpfe sind hier im Gange. — Unvollständige Besetzung von Oesel sieht im Nordostteil der Insel in heftigen Kämpfen mit getandelterm Feind.

Anglo-amerikanische Flugverbände griffen gestern Münster und Köln an und richteten weitere Angriffe gegen Wilhelmshaven, Dortmund, Koblenz und Rheine. In der Nacht war Sachschaden das Ziel britischer Flugzeuge. Einzelne Flugzeuge warfen Bomben auf Berlin.

Der „Völkische Beobachter“ vom gleichen Tage berichtet weiter über den „Totalen Kriegseinsatz“. „Durch die Stilllegung der Behörden und ersten Schneefällen ist voll angefallen. Anmeldepflichtige Industriebetriebe haben 30 Prozent der Verwaltungskräfte zu melden. Gewerbe, Handel, Handwerk und Banken sind in der Sonderaktion erfasst worden. Die Maßnahmen sind in der Sonderaktion der Tagelöhner und Arbeiter. Die Sonderaktion der Tagelöhner und Arbeiter. Die Sonderaktion der Tagelöhner und Arbeiter.“

Ich bin vorgestern von einem achtstündigen Besuch in New York und Washington zurückgekommen, und in den fünfzig Stunden seit meiner Rückkehr hat man mir Dutzende von Briefen und Telegrammen geschickt; hat man mich zu allen Tages- und Nachtzeiten in Büro und Wohnung aufgesucht; und besonders: hat man mich telefoniert. Man wollte wissen, ob ich glaube, daß es Krieg geben würde. Ich bilde mir nicht ein, daß man an meiner persönlichen Meinung interessiert ist. Aber man würde, daß ich während dieser (berühmten) Reise mehrere Politiker und Journalisten getroffen hätte, — und wenn irgend jemand befragt ist, in dem tödlichen Rätselraten dieser Tage eine Meinung zu haben, so sind es vor allem die Journalisten und Politiker. Man hatte außerdem erfahren, daß ich am vergangenen Samstag vor dem plötzlichen aus den Ferien zusammengerufenen außenpolitischen Ausschuss (Harter-Committee) des amerikanischen Kongresses nach Washington zitiert worden war.

Und so kamen die Briefe, die Telefonate, die Besuche. Und da von den Fragen immer mehr, anstatt weniger wurden, beschloß ich schließlich, meine Antwort niederzuschreiben.

Zunächst aber muß man mir erlauben, eine prinzipielle Bemerkung zu machen. Ich bin ein Journalist... Welchen Wert hat die Meinung eines Journalisten?

In diesen Zeiten ist der Journalist in manchen Krisen in Verruf gekommen; und das ist meiner Meinung nach ein großes Unrecht.

Der gedanklose Leser, der den Journalisten einer bejubelt unwarner oder zum mindesten einer leichtfertigen Berichterstattung zollt, hat meistens eine Ahnung von den inneren Kämpfen, die ein verantwortungsbewußter Journalist durchmacht, bevor er eine wesentliche, oft verstreute, aber wichtige Nachricht zum Druck gibt. Niemand weiß es besser, als der Journalist selber, daß die Folgen eines ungenauen oder gar falschen Berichtes unübersehbar sein können. Sehr oft verstreuen sich die offiziellen Stellen in Geheimräumlichkeiten. Der Leser aber verlangt Information. Kürzlich fanden in Moskau die langen Verhandlungen der Westmächte mit den Russen statt. Kein offizielles Kommuniqué wurde ausgeben. Die Journalisten waren also entweder zum Schweigen gezwungen oder auf ihre persönlichen Eindrücke und Informationen angewiesen. Natürlich sickert hier und da etwas durch. Aber wie kann der Journalist sicher sein, daß nicht das Falsche viel leicht mit besserer Absicht — zum Durchsickern gebracht wurde?

Ich erwähne diese Beispiele, um es einmal auszusprechen, daß es kaum einen Berufstand in unserer heutigen Welt gibt, der so eine verhängnisvolle Verantwortung trägt wie der politische Journalist.

All dies mußte gesagt werden, denn wenn man die Meinung eines Journalisten hören will, muß man ihn auch spekulieren. Und nun kann ich die Frage beantworten, ob ich an einen drohenden Krieg glaube. Natürlich habe ich keinerlei geheime, exklusive Informationen. Ich

Landes und Sterben ist nur wenn es um Leben und Dasein einer Nation geht, — um das Fortbestehen einer Großmacht, — dann „loht“ es sich noch, Krieg zu machen. Denn eine Nation, deren Existenz tödlich bedroht ist, hat nichts zu verlieren.

Die Frage, ob es einen Krieg zwischen Amerika und Rußland geben wird, hängt also davon ab, ob die gesamte Existenz eines der beiden Länder durch das andere bedroht ist. Gibt es entscheidende Rohstoffe, Exportmärkte, Seewege, Kolonien, um die sich die beiden Großmächte streiten? Gibt es überhaupt vitale Existenzfragen, die zwischen den beiden Ländern stehen miteinander arbeiten.

Je länger man diese Frage objektiv untersucht, umso überzeugender wird die erste Feststellung, daß es keinerlei existenzbedrohende Lebenskonflikte zwischen Rußland und Amerika gibt. Man muß sogar schließlich die Tatsache anerkennen, daß die entscheidenden wirtschaftlichen Probleme jedes der beiden Länder nur mit Hilfe des anderen gelöst werden können. Amerika kann seinen hohen Lebensstandard nur aufrecht erhalten, — Rußland kann nur dann die durch den letzten Krieg verwüsteten Gebiete wieder aufbauen, und die Fünfjahres-Pläne erfüllen, wenn die beiden Länder miteinander arbeiten.

Dies ist eine fundamentale, eine historische Tatsache, die jedem verantwortlichen Staatsmann unserer Zeit bekannt ist. Man wird — mit Recht — fragen, wie dann ein derart gefährliche Verengung zwischen den beiden Großmächten, Amerika und Rußland entstehen konnte, und warum beide Nationen aufrüsten und sich durch die andere Nation bedroht fühlen. In Berlin, in Triest, in China, in Palästina, in Korea und Indochina sieht es aus, als ob der berüchtigte Funke im Pulverfaß genügen würde, um eine Explosion zu verursachen, um einen

Krieg zu entfesseln. Dadurch stehen wir vor der grotesken Tatsache, daß es zwar keine Ursachen, dagegen eine ganze Reihe von Anlässen für einen Krieg gibt. Nur daß wir das Bewußtsein und die Vernunft haben, um zu wissen, daß in unserem zwanzigsten Jahrhundert Kriege mit ihren allumfassenden Zerstörungen, mit ihren Sieger wie Besiegten verachtenden Ausmaßen, nicht durch Anlässe entstehen können, sondern höchstens durch Ursachen, die sich um die fundamentalen Lebensfragen, um die Existenz und das Fortbestehen von Großmächten drehen. In diesem Zusammenhang mag es ganz nützlich sein, wenn wir über den „gewalttätigen Worten“ (wie Molotov sich ausdrückt) der Politiker, die wir auf Seite 1 der Zeitungen finden, die die kleingedruckten Notizen auf Seite 4 übersehen, die beinahe jede Woche vom Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen Ländern der Westmächte und Nationen hinter dem Eisernen Vorhang berichten.

Einen Krieg zwischen Amerika und Rußland halte ich für unmöglich, — und jeder der führenden amerikanischen Politiker und der verantwortungsbewußten internationalen Journalisten, die ich gesprochen habe, ist derselben Überzeugung.



Drachentanz im Frankfurter Zoo: Der Drache aus Furtw. W. ist tot, die Sieger erhalten ein lebendes Tier. (Guten Appetit! (Dena-Bild))

## Neue Gemeindeordnung Südbadens

Freiburg, 7. Okt. (Eigenbericht) Der badische Landtag hat in seiner letzten Sitzung ein Gesetz über die Änderung der Gemeindeordnung zu modifizieren, um auf diese Weise Anregungen der französischen Militärregierung nachzukommen. Das Gesetzentwurf hatte der Landtag in Anerkennung der gemeindlichen Selbstverwaltung, wie sie zum Erbgut deutscher Kommunalpolitik gehört, Vorschriften betreffend das materielle Kontrollrecht gestrichelt. Lediglich sollte bei der Aufhebung des Budgets die staatliche Aufsicht zum Zuge kommen. Dadurch wurden wieder Kontrollbefugnisse eingebaut, die sich namentlich auswirken bei der Übernahme von Bürgerschaften in Gemeinden, ohne Rücksicht auf die Höhe der Summe.

Ging in diesem Fall also eine französische Anregung mit deutschen Überlegungen konform, so bleibt dennoch festzustellen, daß in der französischen Zone die materielle Kontrolle der Militärregierung ausschließlich beauftragt sind von der für Frankreich geltenden Departementsverwaltung. Diese ist den deutschen Auffassungen über die gemeindliche Selbstverwaltung entgegengesetzt.

Wegen Baden vor 1945 die Städte Freiburg, Konstanz, Säckingen, Säckingen, eigene Städte geworden, so wurden sie unter der Besatzung wieder kreisgebundene Städte. Sie gehören dem Kreisverband an, haben an ihn Abgaben zu entrichten und müssen dabei im Grunde auch mit den Landkreisen die Kreisräte vertreten wählen. Es ist der Militärregierung ein Antrag vorgelegt worden, die genannten Städte wieder kreisunmittelbar zu machen. Der Antrag fand aber bisher noch keine Gegenliebe, während Lindau a. B. wohl durch die besonderen Umstände kreisfrei wurde.

gesamten Dotationen wieder zurückgeholt werden. Davon kann aber nach deutscher Meinung keine Rede sein. Die Gemeinden betonen, daß sie dringend der restlichen 10% aus den Dotationen bedürftig sind. Die Stadt Freiburg beispielsweise meldet beim Finanzministerium auch die Auszahlung der 10% an die Gemeinde zu überweisenden Gewerbesteuer an. Denn die Kaufkraft sei derartig angespannt, daß sie im Oktober zu Krisenerscheinungen — wenn auch nur vorübergehender Art — führen könne.

## Getreide- und Fleischpreise deutscher Erzeugung erhöht

Frankfurt a. M., 7. Okt. (Dena) Das Zweimächtekontrollamt hat Erhöhungen für Getreide und Fleisch deutscher Erzeugung genehmigt, die zwischen 13,4 und 26,3% für Getreide und zwischen 24 und 36,4% für Fleisch liegen.

Der Preis für Weizen wird von 206 auf 260 DM pro Tonne, für Roggen von 190 auf 240 DM, für Futtergerste von 174 auf 200 DM und für Industrie- und Brauereierzeugung von 194 auf 220 DM heraufgesetzt. Futtermittel werden von 7,92 auf 10,40 DM, Industrieerzeugnisse von 220 DM pro Tonne angehoben.

Die Fleischpreise erhöhen sich wie folgt (Gewichtseinheit 50 kg): Ochsen der Klasse A von 56 auf 75 DM, Kühe der Klasse C von 41,50 auf 55 DM. Der Preis für Schweinefleisch erhöht sich von 66 auf 90 DM für Tiere über 120 kg Gewicht und von 64,50 auf 80 DM für Tiere einer geringeren Preisklasse.

Die Erhöhung der Preise für Getreide und Fleisch ist nicht unter den für einheimisches Getreide festgesetzten Preisen verkauft werden. Für die Monate Oktober bis März sei eine Erhöhung des Preises für Brotgetreide von 2,50 DM pro Tonne geplant. Die Erhöhung des Weißbrots um 1 Pf. und für Weizenbrot um 1 Pf. an.

Der Verbraucherpreis für Fleisch wird bei Rindfleisch um ungefähr 26% und bei Schweinefleisch um etwa 38% höher liegen. Insgesamt werden sich die Ausgaben für Nahrungsmittel für den Verbraucher in der Bironne nach Berechnungen des Zweimächte-Kontrollamtes nur um 3% erhöhen, während der Jahreslohn der Bauern um ungefähr 9,8% ansteigt.

Die Ableitung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist unter dem Zweimächtekontrollamt gab am Mittwoch die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet bekannt. Die Kontrolle über den Kartoffelverbrauch wird jedoch weiterhin aufrecht erhalten. Die Länder der Bironne sind angewiesen worden, mindestens 1,5 Millionen Tonnen Kartoffeln einzumelden.

## Ob Sichel, ob Zarenadler...

„Die russische Politik scheint nicht auf festen Grundsätzen zu basieren oder auch nur nach bestimmten Richtlinien geleitet zu werden. Maßgebend ist lediglich der Gesichtspunkt der jeweiligen Zweckmäßigkeit, wobei das, was heute zweckmäßig erscheint, durchaus nicht auch noch morgen für zweckmäßig gehalten zu werden braucht. Die Russen scheinen von Natur aus sehr mißtrauisch zu sein und das gilt besonders für ihre Regierungsvertreter. Außerdem haben sie sehr schwer, Kontakt zu bekommen. Verschlossenheit und Geheimniskrämerei sind überall vorherrschend.“

Diese Charakteristika wird niemand überrascht, interessant ist nur, daß jene Sätze bereits im Jahre 1933 geschrieben wurden, und zwar in einem Bericht des amerikanischen Botschafters aus Petersburg nach Washington, was beweist, daß im Grunde genommen die Russen unter Hammer und Sichel noch die gleichen sind, wie unter dem Zarenadler. Diese typologische Zickigkeit der Russen ist, so eine Studie über den Wolkow, das es trotz der drohenden Wolken am politischen Firmament nicht zum Ausbruch des befürchteten Gewitters kommen wird. F. S.

## IRO sucht Vermißte

Zelazny Marlon, Poles, geb. 23. 3. 25 in Lwow, dpt. nach Deutschland; Zielkowski Sali, Poles, geb. 1915 in Posen; lebst weiter in der US-Zone; Zrazja Jan, Poles, geb. 25. 12. 1910 in Warschau dpt. nach Deutschland; Zielkowski Stanislaw, geb. 13. 8. 1906 in Krowka, dpt. nach Deutschland; Zielkowski Bronislaw, Poles, geb. 1923 in Paris; letzte Nachricht aus dem KZ Neuzammer; Zielkowski Stanislaw, geb. 13. 8. 1906 in Brzyny, letzte Nachricht aus Duisburg und Hatten; Zielkowski Wladyslaw, Poles, geb. 23. 3. 1910 in Lodz, dpt. nach Ludwigshafen.

## Lügen und kein Ende!

Der Informationsdienst der KPD, Nr. 22 vom 29. September, enthält einen Heftartikel, überschrieben „Der neue Plan der ARD für die Flüchtlinge“. In diesem Artikel wird dem Präsidenten des Wirtschaftsrates, Dr. Köhler, unterstellt, er habe in der Nachsitzen des Wirtschaftsrates am 28. September die Verschickung von 6,5 Millionen Flüchtlingen nach Südafrika vorgeschlagen. Der KPD-Informationsdienst behauptet hier die Schlussfolgerung, es handle sich hier um einen Betrug an den Flüchtlingen.

Die Christlich-demokratische Union nimmt hierzu wie folgt Stellung: Wir nehmen an, daß die Gewährleute des kom-

## Amerikanische „Augenbombe“

Die Vereinigten Staaten verfügen, wie die Versuchstation der US-Luftwaffe in Eglinfield bekanntgab, über eine „Augenbombe“, die ihren eigenen Fall auf feindliche Schiffe, Fabriken, Ölraffinerien und andere Ziele selbst regulieren kann. Die Augenbombe befindet sich in der Versuchsstadt. Die Bombe hat die Bezeichnung VB 6 oder „hitzeuchende Bombe“. Techniker erklärten, daß die Bombe von jedem Ziel angezogen wird, das eine höhere Temperatur ausstrahlt als seine Umgebung. — An der Spitze der Bombe befindet sich ein aus Preßstoff hergestelltes Zyklopaugauge. Das Auge bewegt sich, sobald eine Wärmequelle sein Gesichtsfeld streift. Die Bewegung wird auf ein Steuerruder übertragen, das die Bombe dann auf das Ziel lenkt.



Prinz Sherif Islam Abdullah (links), Führer der Yemen-Delegation, im Gespräch mit Emir Faisal Al Saud auf der UN-Versammlung. (Dena-Bild)

## Piccards Tauchversuch

Die acht Passagiere des Bathyscaph Professor Piccard

Im Gegensatz zur allgemeinen Annahme ist Professor Auguste Piccard nicht Belgier, sondern Schweizer. Er wurde am 28. Januar 1884 geboren, ist Doktor der Physik und der Naturwissenschaften, Diplom-Ingenieur des Schweizer Bundes-Polytechnikums und Doktor h. c. der Universität von Straßburg.

Er war Professor des Bundes-Polytechnikums in Genf, doch jetzt ist seine Arbeit ausgefüllt mit wissenschaftlichen Forschungen und seinen Ingenieurarbeiten er bei einem wichtigen Industrieunternehmen in Sierre (Schweiz) ausübt. Außerdem hält er noch Kurse bei der Universität in Brüssel ab.

Professor Piccard hat einen Zwillingenbruder Jean Piccard, der auch Ingenieur ist und zur Zeit in den Vereinigten Staaten lebt, wo er seinerseits eine neue Erforschung der Stratosphäre plant, mit der aber Professor Piccard nichts zu tun hat.

Er ist verheiratet und Vater von vier Töchtern, von denen eine seine Mutter einer Familie ist. Der einzige Sohn des Professors ist der 20jährige Jacques Piccard, der seinen Vater bei der Expedition als Assistent und Sekretär begleitet, aber an den Tauchversuchen des Bathyscaph nicht teilnehmen wird.

Max Cosyns

Ist Belgier, geboren in Schaarbeck am 29. Mai 1906. Er ist also nur 42 Jahre alt, hat aber durch seine Teilnahme an den Arbeiten des Professors Piccard schon Berühmtheit erlangt und hat mit ihm zusammen den berühmten Stratosphärenflug unternommen.

Er ist der Fakultät der angewandten Wissenschaften in Brüssel angeschlossen und von Beruf Elektro-Ingenieur und

Mechaniker. Er ist Spezialist Doktor der Physik und seit 1945 bei der Universität in Brüssel tätig.

Er hat viel Forschungsreisen nach dem Kongo-Gebiet und den hauptsächlichsten europäischen Ländern unternommen und ist Mitglied der belgischen wissenschaftlichen Kommission für das Studium der Atom-Probleme und Direktor des Laboratoriums für angewandte Wissenschaften der Brüsseler Universität.

Cosyns ist der Techniker und Praktiker der Expedition Piccard-Cosyns. Er hat die Fabrikation des „Bathyscaph“ nach den Plänen von Prof. Piccard geleitet, und die Mehrheit der Detail-Probleme geregelt, die von Piccard aufgestellt worden waren. Der Bau des „Bathyscaph“ hat nämlich eine Menge von Einzelproblemen aufgeworfen, die zum Teil in völlig neuartiger Weise gelöst werden mußten. Auf diese Lösungen hätten die Professoren Piccard und Cosyns mehrere hundert Patente, die sich allein auf den „Bathyscaph“ beziehen, anmelden können. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob sie das getan haben.

Während der Besetzung von Belgien im Laufe des letzten Krieges, hat Max Cosyns sich als Nachrichtenangehöriger betätigt. Wegen dieser Tätigkeit gegen die Besatzungsmacht wurde er verhaftet und nach Dachau deportiert, wo er zwei Jahre interniert war. Er hat sich kurz vor Kriegsausbruch verheiratet und ist Vater eines siebenjährigen Töchterchens.

Georges Marlier

Belgier, geboren in Bordeaux am 28. Jan. 1917, ist 31 Jahre alt. Er beteiligt sich an der Expedition als zoologischer Spezialist für die Tiefsee-Tauchversuche. Er ist Doktor der zoologischen Wissenschaften Assistent von Prof. Brien von der Brüsseler Fakultät und hat in Fachzeitschriften die Resultate seiner bisherigen Forschungen veröffentlicht, die auf dem Gebiete

der Naturgeschichte großes Aufsehen erregt haben. Er befaßt sich auch mit der elektrischen Leitfähigkeit fließender Gewässer.

Jean Pierre Vanden Eckhoudt, Belgier, ist das jüngste Mitglied der Expedition, das an dem Tiefseetauchversuch „Bathyscaph“ teilnehmen wird. Er wurde am 19. Juni 1919 geboren, ist also 29 Jahre alt. Er hat die zoologischen Wissenschaften promoviert, ist Forschungsauftraggeber des Nationalfonds für wissenschaftliche Forschungen und ebenfalls Assistent von Prof. Brien. Er ist Fachmann auf zoologischem Gebiet und bestrebt, den Einfluß von Licht und Temperatur auf das sexuelle Verhalten der Fische zu erforschen. Als Beobachter im „Bathyscaph“ der Professoren Piccard und Cosyns scheint er besonders am Platze zu sein.

Claude Francis Bouaf, Franzose, wurde am 16. Juni 1905 in Kotonou, Französisch-Westafrika, als Sohn eines Kolonialbeamten geboren und hat an den Pariser Fakultäten studiert. Er hat in der Literatur promoviert, ist Doktor der Wissenschaften, Mitglied der Zentrale für ozeanische Forschungen und stellvertretender Direktor des Laboratoriums für Untersee-Zoologie an der Sorbonne. Er ist verheiratet und Vater eines dreijährigen Jungen. Wegen seiner Teilnahme an der französischen Widerstandsbewegung während der deutschen Besatzung wurde er im September 1943 verhaftet und nach Buchenwald deportiert, wo er die Bekanntschaft von Dr. Daniel Bouchet machte, mit dem er seither in enger Freundschaft verbunden ist. Er hat auch den Professoren Piccard und Cosyns vorgeschlagen, Dr. Daniel Bouchet in seiner Eigenschaft als Arzt an der Expedition teilnehmen zu lassen.

Theodor Monod, Franzose, geboren im Jahre 1902, Professor des naturgeschichtlichen Museums in Paris,

ist Korrespondent und Direktor des französischen „Africa“-Instituts in Dakar. Er ist von Dakar nach Dinkirchen gereist, um an Bord der „Scaldis“ zu gehen, die zum ersten Mal ansetzten, aber bald den Wert darauf gelegt, sich der Expedition von Anfang an anzuschließen, um sich mit dem „Bathyscaph“ vertraut zu machen, und die Anweisungen der Professoren Piccard und Cosyns entgegennehmen zu können.

Monod ist verheiratet und Vater von drei Kindern, einer Tochter und zwei Söhnen. Sein Spezialgebiet ist die Zoologie, insbesondere Fische und Krustentiere.

Doktor Daniel Bouchet, Arzt der Expedition, wurde am 21. Juli 1894 geboren und hat an der medizinischen Fakultät in Paris studiert. Früher war er Arzt für interne Krankheiten an verschiedenen Pariser Hospitälern, dann klinischer Assistent des Professors Delagneire und Generalarzt des Deux Sèvres; sein militärischer Rang ist Major der Reserve.

Als die Deutschen Frankreich besetzten, war er Bürgermeister von Saint-Louis-sur-Thonnet und reichte dann bei der Regierung von Vichy seine Demission ein. An dem Kampf der Widerstandsverbände hat er in hervorragender Weise teilgenommen. Er war der Schöpfer der „Centurie“-Nachrichtenabteilung und zahlreicher Kampfbefehle.

Beim Empfang einer Fallschirmmeldung von 3 Tonnen Waffen wurde er verhaftet, zweimal zum Tode verurteilt und nach 6 Monaten Einzelhaft nach Buchenwald transportiert. Zusammen mit Claude Francis Bouaf ist er einer der wenigen Überlebenden dieses Lagers.

Madame Jacqueline Cosyns nimmt als einzige Frau der Expedition an dem Tiefsee-Tauchversuch des „Bathyscaph“ teil! Man weiß aber noch nicht, ob sie den Tauchversuch in Be-

## Der Kampf mit Moskau

Mitgliedskarte Nr. 1 der kommunistischen Partei Österreichs lautet auf den Namen Ruth Fischer. Ihr richtiger Name war Elfriede Eisler. Damals, 1918, war sie 22 Jahre alt, studierte an der Universität Wien und hatte dem Ehrgeiz vieler jungen Menschen, die Welt noch einmal zu erschaffen.

Mit 25 Jahren wurde sie Sekretärin der kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Nach drei weiteren Jahren war sie Mitglied des Reichstages und bekannt für ihre scharfe Zunge, Stresemann, Ludendorff und Tirpitz hatte einiges unter ihren ironischen Zwischenrufen zu leiden.

Aber schon damals (1925) befand sich Ruth Fischer in einem erbitterten Kampf mit Moskau; ein Kampf, der 23 Jahre lang gedauert hat. Er ging darum, daß Moskau vollständige Unterwerfung der KPD forderte und daß Ruth Fischer und andere deutsche Kommunisten sich dagegen wehrten.

Der Bericht über diesen Kampf, dessen Zwischenkapitel von der SED und dem Nationalkomitee Freies Deutschland im Verhandlung für die deutschen Kommunisten ziemlich unruhlich beendet wurde, ist

in einem 683seitigen Buch enthalten, das Ruth Fischer vor kurzem in Amerika geschrieben hat. Stalin und der deutsche Kommunismus“ ist eine Studie über die Ursprünge der Stalinspartei.

In diesem Buch werden alle Sünden des Kommunismus Stalin zugeschrieben, während Lenin zum Halbgoth gemacht wird. Wieviel davon mißhandelter Gellungstrieb ist, sollte sich aus einer Stellenliste lassen, wenn man folgende Anekdoten liest:

Stalin hatte Ruth Fischer 1925 nach Moskau befohlen. Als sie ankam, wurde ihr der Paß abgenommen und das fahrbare und wagenversetzte Hotel Lux als eine Art Gefängnis zugewiesen, in dem sie 10 Monate verbrachte. Stalin ging auf Urlaub, Sinowjew schmuggelte sie in eine Sitzung des Politbüros, wo sie einen Tobensuchtanfall mit nachfolgender Ohnmacht inszenierte. Darauf ließen Bucharin und Sinowjew sie nach Hause fahren.

Etwas atemberaubender ist das Kapitel „Reichstagsbrand“, in dem sie schreibt: „Bevor Georgi Dimitroff aufstand, um seine mutige Verteidigungsrede zu halten — die ganze Weltpresse berichtete begeistert davon — wußte er, daß ein Geheimabkommen zwischen Gestapo und GPU bestand, wonach er als ein freier Mann den Gerichtssaal verlassen würde; im Austausch gegen von den Russen verhaftete Gestapobeamte.“

H. B.

Neue Bücher

Das Nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1933-1941. Aktuelles aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes. Deutsche Ausgabe von Dr. Eberhard Moltke. Fritz Neudorfer Edition. Verlag des Departement of State.

Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit“, erschienen im Dietz-Verlag, Berlin.

D. Wilhelm Weydahl: Der Aufbau des Ruhrgebietes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Verlag Bitter & Co., Rocking-Hausen.



